

**Der Ukraine-Krieg:
Versuch, den Überblick nicht zu verlieren.
Und ein Plädoyer gegen die Verengung der Perspektive**

Fritz Reheis
(16.06.2022, 15.033 ZmL)

1. Putin darf nicht gewinnen

Den Kritikern Putins im Westen geht es vor allem darum, den Aggressor *zurückzuschlagen* und zu *bestrafen*, weniger um die Frage, wie das Leiden der Menschen am schnellsten zu beenden ist. Das erinnert an die Definition von Krieg als logische Fortsetzung der Politik „mit anderen Mitteln“ (Carl von Clausewitz). Die Möglichkeit einer Zivilen Verteidigung der Opfer des Angriffs ist deshalb kein Thema im öffentlichen Diskurs.

2. Was heißt Putinverstehher

Putins Entscheidung für den Angriff *verstehen* zu wollen ist etwas anderes, als mit dieser Entscheidung *einverstanden* zu sein: Verstehen bezieht sich auf objektive Tatsachen, Einverständnis auf deren subjektive Beurteilung. Putins Angriff auf die Ukraine ist eine objektive *Tatsache* genauso wie, dass der Krieg seit Beginn von Woche zu Woche immer brutaler wird.

Verstehen im Sinne von Nachvollziehen ist erstens ein Gebot der Klugheit, weil man nur so herausfinden kann, worauf man sich als Betroffener einstellen muss (im Militärjargon: Feindbeobachtung). Verstehen im Sinn von Nachvollziehen ist aber zweitens auch ein Gebot unseres aufklärerisch-humanistischen Grundverständnisses der Moderne, weil jeder Mensch, auch der schwerste Verbrecher, eine Würde hat und damit – anders als ein Tier, eine Pflanze oder ein unbelebtes Objekt – den Anspruch hat, nicht als reines Objekt behandelt zu werden, sondern als mit einem Willen begabtes Subjekt.

Zur kritischen *Beurteilung* einer Tatsache wie etwa eines Angriffskriegs sind moralisch-ethische und völkerrechtliche Maßstäbe („Angriff“, „Kriegsverbrechen“) nicht ausreichend, weil sie die hinter dem unmittelbaren Auslöser ebenfalls wirksamen Gegebenheiten (Vorgeschichte, Umstände, Ursachen etc.) ausblenden. Im Extremfall können solche Gegebenheiten das moralische und rechtliche Urteil sogar auf den Kopf stellen. Mit zeitlichem Abstand wird in der Geschichtsschreibung deshalb üblicherweise zwischen Auslöser und Hintergrund unterschieden. Der deutsche Einigungskrieg von 1870 wurde beispielsweise durch eine Kriegserklärung Frankreichs ausgelöst, beruhte aber auf einer gezielten Provokation Bismarcks (und endete bekanntlich nach wenigen Wochen mit der Niederlage Frankreichs).

3. In der Haut des Anderen

Nach einem allgemein anerkannten moralisch-ethischen Prinzip muss bei Konflikten aller Art zunächst versucht werden, die *Perspektiven aller Konfliktparteien* nachzuvollziehen, ehe ein Urteil gefällt werden kann (audiatur et altera pars).

Die *Ukraine* verweist auf den großflächigen Einmarsch Russlands in ukrainisches Staatsgebiet, auf die vorausgegangene militärische Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine durch Russland, die Annexion der Krim durch Russland und den seit Jahrzehnten existierenden russischen Imperialismus und Militarismus (Verletzung der Minsker Abkommen, Kriege in Tschetschenien und Georgien, ggf. auch Syrien).

Russland verweist auf seine Pflicht zur Unterstützung ostukrainischer Separatisten nach der Unabhängigkeitserklärung der beiden Provinzen, die Existenz einflussreicher nazistischer Kräfte in der Ukraine, die Osterweiterung der Nato, die als Wortbruch des Westens erfahren wurden, einschließlich der Bestrebungen der weiteren Ausdehnung der Nato auf die Ukraine und Georgien und zuletzt auf eine jahrhundertelange Tradition der Zugehörigkeit des ukrainischen Territoriums zu Russland sowie die moralische Dekadenz des Westens.

Die überwiegende Mehrzahl der *Staaten der Welt* unterstützt die Ukraine (Abstimmung in Generalversammlung der UN, teilweise Beteiligung an der Embargopolitik, teilweise Lieferung von Waffen und Ausbildung von Soldaten und finanzielle Unterstützung). Viele Staaten, darunter auch große (China, Indien, Vietnam, Israel, Algerien, Südafrika, Bolivien, Kuba u.a.), verhalten sich neutral. Und einige wenige unterstützen Russland (Belarus, Nordkorea, Syrien, Eritrea) in diesem Krieg.

4. Macht und Machtverschiebungen

Eine vertiefte Analyse internationaler Konflikte und Kriege muss vor dem Hintergrund der weit fortgeschrittenen Globalisierung neben Moral/Ethik und Recht immer auch die globalen politischen *Machtverhältnisse* und ihre Entwicklung einbeziehen. Der naheliegende Grund dafür ist die historische Erfahrung, dass sich staatlich Akteure nicht nur innen-, sondern – aufgrund der relativ geringen Regulierung und Sanktionierung zwischenstaatlicher Verhältnisse – erst recht außenpolitisch nur so lange an Moral/Ethik und Recht halten, wie Interessen nicht bedroht sind, die von ihnen als fundamental eingestuft werden.

Seit 1990 findet eine globale machtpolitische *Verschiebung* statt: Das mit dem Ende der Sowjetunion und des Warschauer Pakts destabilisierte Russland steigt trotz seines Status als hochgerüstete Atommacht in seiner politischen Bedeutung ab. Die USA dagegen sehen sich mit ihren beispiellosen militärischen Fähigkeiten in ihrem Bemühen gestärkt, als Führer der Nato die Weltordnung in ihrem Sinn allein zu bestimmen. Sie erkennen die Autorität der UN

nur mit Einschränkung an (Kriege ohne UN-Mandat, Nicht-Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshofs und, besonders durch republikanische Präsidenten, systematische Schwächung von UN-Organisationen durch Entzug von Finanzmitteln).

Ökonomischer Hintergrund dieser Machtverschiebung ist eine seit 1990 stattfindende globale ökonomische Verschiebung: Russland lebt im Wesentlichen vom Verkauf fossiler Energieträger, China erlebt ein beispielloses Wirtschaftswachstum und wird so als Exportland zu einem starken Konkurrenten des Westens. Die USA mit ihrer starken Binnenwirtschaft fallen im Export seit Langem immer mehr zurück. Und die EU, mit Deutschland an der Spitze, bleibt mit ihrem zwar zurückgehenden Wachstum dennoch wirtschaftlich relativ erfolgreich.

Und die *Ukraine*? Sie ist sowohl für Russland wie für westliche Konzerne von globalem Interesse. Sie verfügt über große Mengen von Agrarrohstoffen (Kornkammer), ein hohes Arbeitskräftepotenzial und damit auch ein entsprechendes Potenzial an Kaufkraft. Es ist gut nachvollziehbar, dass die Mehrheit der Ukrainer sich so gut wie möglich wirtschaftlich und politisch nach Westen orientieren wollen, weil er militärisch, politisch und ökonomisch eindeutig attraktiver für sie ist.

5. Irrwege der Suche nach kollektiver Identität

In *kulturell-ideologischer* Hinsicht führt die globale Konkurrenz zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen dem mit der Globalisierung zunehmendem Erfordernis einer trans- und internationalen Haltung und der Neigung zum Nationalismus. Aufsteigende wie absteigende Mächte tendieren besonders stark dazu, den Wert der eigenen Nation über den aller anderen Nationen zu stellen, wobei der Nationalismus aufsteigender Nationen als Entwicklungsnationalismus (Dieter Senghaas), der von absteigenden Nationen als Verzweiflungsnationalismus (Robert Kurz) bezeichnet werden kann. Gegenwärtig wird Russlands Politik von einem *Verzweiflungsnationalismus*, die ukrainische von einer heroischen (Jürgen Habermas), die chinesische von einer ökonomischen Version von *Entwicklungsnationalismus* angetrieben. Allen Nationalismen ist gemeinsam, dass sie zu besonderer Repressivität nach innen und zu besonderer Offensivität bis hin zur offenen Aggressivität nach außen tendieren.

Und die USA? Auch sie zeichnen sich durch eine problematische kulturell-ideologische Haltung aus: Den zunehmenden Abstieg ihrer Exportwirtschaft kompensiert die Regierung mit einer rigorosen Verteidigung der globalen politisch-militärischen Vormachtstellung. Obama: „Jene die meinen, dass Amerika sich im Niedergang befindet oder seine weltweite Führungsrolle verlieren würde, irren sich. ... Amerika muss auf der Weltbühne immer führen. ... Ich glaube mit jeder Faser an den amerikanischen *Exzeptionalismus*.“ (Rede in Westpoint 2014). Biden: „Ich will dafür sorgen dass Amerika wieder die Welt führt,“ weil „keine andere Nation die Fähigkeit dazu hat.“ (Foreign Affairs, March/April 2020). Deshalb auch die beispiellosen Militärausgaben (elfmal mehr als Russland). Deshalb das Festhalten des Westens an einer unilateralen Herrschaft der USA, die auch kriegerische Mittel einschließt (lange Geschichte

der US-Interventionen in Mittel- und Südamerika entsprechend der Monroe-Doktrin, Kriege in Vietnam, Serbien, Afghanistan, Irak, Libyen, ggf. auch Syrien). Und deshalb auch die propagandistische Zuspitzung des aktuellen Konflikts als Kampf um Freiheit/Unfreiheit und Demokratie/Autokratie.

In der Geschichte gibt es viele Beispiele dafür, dass sich die Spannung zwischen aufsteigenden und absteigenden Ländern letztlich in Kriegen entlädt (Thukydides-Falle) – genauso wie übrigens innerhalb von Ländern im Fall wachsender ökonomischer Auf- und Abstiege die Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Umstürze zunimmt. Deshalb kann die seit vielen Jahren massive US-Unterstützung für die Ukraine auch als Warnschuss gegen China, der Ukraine-Krieg also auch als Stellvertreterkrieg zwischen den USA und China verstanden werden.

6. Sicherheitspolitik und Sicherheitsdilemma

Die kapitalistische Globalisierung wird von konkurrierenden multinationalen Konzernen vorangetrieben und durch nationale Staaten und transnationale Bündnisse nur ansatzweise reguliert. Resultat ist, dass in Bezug auf zwischenstaatliche Verhältnisse weithin das Prinzip „Macht vor Recht“ gilt. Dabei wird gemäß der herrschenden (neo)realistischen Schule der internationalen Politik versucht, zwischenstaatliche Sicherheit grundsätzlich durch militärische Abschreckung zu gewährleisten.

Diese Strategie führt aufgrund ihrer inneren Dynamik zwangsläufig zu einem Sicherheitsdilemma. Die Erhöhung der relativen Sicherheit der einen Seite geht nämlich immer zugleich mit der Verringerung der relativen Sicherheit der anderen Seite einher. Resultat ist das *fortwährende Schrauben an der Bedrohungsspirale*, begleitet auf beiden Seiten durch die systematische Erhöhung des Aufwands für militärische Sicherheit (2020 weltweit mehr als zwei Billionen Dollar) und damit auch durch die Erhöhung des Risikos eines Krieges aus Versehen. Dass dieses sicherheitspolitische Dilemma einen dauerhaften Frieden in aller Regel unmöglich macht und jedes Kriegsende zugleich den Keim zum nächsten Krieg legt, hat die historische Erfahrung der vergangenen Jahrhunderte gezeigt.

7. Massenvernichtungswaffen

Zusätzlich zum Sicherheitsdilemma macht die Existenz von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen eine Korrektur der herrschenden Sicherheitspolitik unabdingbar. Zum einen steigt auch hier das Risiko eines Einsatzes aus Versehen, zum anderen das Risiko eines beabsichtigten Einsatzes durch jene Akteure, die mit anderen Mitteln ihre Sicherheit nicht mehr gewährleisten können. Wenn diese Akteure zudem moralisch-ethisch skrupellos genug sind, droht ein *Wettlauf um das Einreißen zivilisatorischer Standards*.

Niemand kann ernsthaft glauben, so die Schwedin Beatrice Fihn von der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, „dass man das Spiel mit dem Weltuntergang gegen einen Diktator“ gewinnen kann.

8. Schrumpfen der ökologischen Nische

Auch aus ökologischen Gründen macht der *Teufelskreis* (technisch: positive Rückkopplung) von ressourcenzehrender nationaler Abschreckungspolitik (Unilateralismus) und schrumpfender ökologischer Nische des Menschen (je mehr Rüstung und Krieg, desto enger die Nische, je enger die Nische desto lauter der Ruf nach Rüstung und Krieg) eine staaten- und bündnisübergreifende Sicherheitspolitik (Multilateralismus) zu einer Frage des Überlebens der Spezies.

Die von Immanuel Kant formulierte Idee vom „ewigen Frieden“ (1795), die nach dem Ersten Weltkrieg im Völkerbund, nach dem Zweiten Weltkrieg in der UN institutionalisiert wurde, muss mit aller Entschiedenheit weiterverfolgt werden. Konkret erfordert das eine *schrittweise Entwaffnung aller Staaten und parallel dazu den Aufbau eines echten Gewaltmonopols der UN*. Das Hauptproblem dabei ist: Die Initiative zu einer solchen globalen Transformation der Strukturen müsste von jenen Staaten ausgehen, die derzeit über das meiste Zerstörungspotenzial verfügen. Nur diesen Staaten können realistischerweise erste Schritte der Abrüstung zugemutet werden. Aber genau in diesen Staaten ist die Bereitschaft zu einer solchen Abrüstung am geringsten ausgeprägt.

9. Wirtschaftsordnung und Weltfrieden

Dauerhafte Sicherheit erfordert die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen aller Menschen. Das gilt für die Verhältnisse zwischen den Staaten genauso wie zwischen Bürgern. Mit anderen Worten: Formale Gleichheit der Rechte wird ohne substantielle Gleichheit der Lebenschancen keinen dauerhaften Frieden stiften. Und längst wissen wir, dass diese materielle Sicherung innerhalb der planetaren ökologischen Grenzen bleiben muss.

Aus der Notwendigkeit des Aufbaus eines globalen Gewaltmonopols (These 9) und des *Ausgleichs der Lebenschancen* innerhalb und zwischen Generationen folgt, dass der Weg zu einer wirklich nachhaltigen Friedenssicherung eine Aufgabe der gesamten Menschheit ist.

10. Die größten Sorgenkinder

Zwischenstaatliche Sicherheit und zwischenstaatlicher Frieden wird vor allem von jenen Ländern gefährdet, die ökonomisch nicht nachhaltig wirtschaften: entweder, weil sie ihre materielle Versorgung ganz auf dem Verkauf nicht-erneuerbarer Ressourcen aufgebaut haben oder weil ihre Wirtschaft auf ständiges Wachstum programmiert ist. Letztere sind – entsprechend dem global derzeit herrschenden Fortschrittsmodell (Zwangslogik der Kapitalakkumu-

lation) – die überwiegende Mehrheit der als hoch entwickelt geltenden Länder. Beide Arten von Ländern haben das Problem der tendenziellen Überschreitung der Grenzen ihrer natürlichen Lebensgrundlagen, sind also insofern strukturell nur sehr begrenzt friedensfähig. Beide Arten von Ländern neigen zudem dazu, mit der Zeit immer rücksichtsloser gegenüber moralischen und zivilisatorischen Ansprüchen in Bezug auf die Wahl ihrer Handelspartner und die Standards ihrer Geschäfte zu werden, weil ihr Wohlstand und die Finanzierung ihrer sozialen Sicherungssysteme vom erfolgreichen Verkauf ihrer Ressourcen beziehungsweise Fertigprodukte existenziell abhängig sind.

Je näher sich solche Länder auf den ökonomischen oder/und ökologischen Abgrund zubewegen, desto größer die Gefahr von Panik und Kontrollverlust. Solche Länder müssen beim Umbau ihrer Wirtschaftsordnung hin zu wirklicher Nachhaltigkeit ganz besondere *Anstrengungen* unternehmen und verdienen dabei ganz besondere *Unterstützung* durch die Weltgemeinschaft. Dazu ist es erforderlich, die bisher meist national oder bestenfalls international ausgerichtete kollektive Identität global auszuweiten. Visionäres Leitbild dieser Ausweitung ist der Weltbürger, der sich gemeinsam mit all den anderen Weltbürgern darum bemüht, dass „genug, für jeden und immer“ zur Verfügung steht (Nachhaltigkeitsdefinition eines unbekanntes afrikanischen Dorfältesten). Der erste Schritt ist die Überwindung von Feindbildern.

Zum Autor

Prof. Dr. Fritz Reheis hat unter anderem Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Philosophie studiert und ist promovierter Soziologe und habilitierter Erziehungswissenschaftler (Schwerpunkt: Anthropologie). Nach seiner Tätigkeit als Gymnasiallehrer war er Hochschul-lehrer für die Didaktik der politischen Bildung an der Universität Bamberg. Veröffentlichungen zu Ideologiekritik, Liberalismus und Sozialstaat, Ökologie der Zeit und Nachhaltigkeit.